



Seit drei Jahren wird die Szene auf Markt- und Kirchenplatz von Mitarbeiterinnen der Diakonie betreut.

(Archivfoto: Schepp)

Trinkerszene: Arbeit zeigt Wirkung

Sarah von Trott berichtet über Erfahrungen mit aufsuchender Sozialarbeit – »Notstandsverwaltung«

Gießen (pd). Die Gruppe besteht aus knapp 200 Personen, davon bis zu 25 Prozent Frauen. Sie treffen sich am Marktplatz, in der Roonstraße, im Theaterpark oder an anderen Stellen der Innenstadt. In der Bevölkerung werden die Menschen, die hauptsächlich auf der Straße leben, unter dem Begriff »Trinkerszene« geführt. Aufsehen erregte im vergangenen Jahr der gescheiterte Versuch, die Szene mittels Kinderkarussell vom Marktplatz zu vertreiben. Am Mittwochabend

berichtete Sarah von Trott, die seit über drei Jahren als Mitarbeiterin des Diakonischen Werks »aufsuchende Sozialarbeit« an den Treffpunkten betreibt, dem parlamentarischen Sozialausschuss von ihren Erfahrungen mit der Klientel. Diakonievorstand Holger Claes hatte eingangs betont, dass die Arbeit in der Trinkerszene in Gießen Wurzeln geschlagen hat, »die für Außenstehende oft nicht zu erkennen sind«.

Um welches Spannungsfeld es im Umgang mit der Szene geht, erläuterte Oberbürgermeisterin Dietlind Grabe-Bolz (SPD). Zum einen seien die Menschen »Teil unserer Gesellschaft«, zum anderen könne nicht einfach hingenommen werden, dass eine bestimmte Gruppe Flächen wie den Marktplatz »einfach okkupiert«.

Die Pädagogin von Trott unterteilte die Szene in vier Kategorien: Trinker, Drogenkonsumenten, Punker und Wohnungslose. Deren Anteil liege bei etwa 20 Prozent. Der Rest seien Gießener Bürger, »die ihren Lebensmittelpunkt auf die Straße verlegt haben, weil sie sozial isoliert oder vereinsamt sind«. Bei vielen zeige die persönliche Geschichte, dass es bereits bei einem oder beiden Elternteilen zu Suchtmittelmissbrauch gekommen sei. Andere hätten lange Zeit ein unauffälliges bürgerliches Leben geführt und seien dann durch einen Schicksalsschlag aus der Bahn geworfen worden. Bei den meisten Klienten gebe es psychische Auffälligkeiten, Krankheiten wie Hepatitis C, HIV oder Leberzirrhose. Depressionen, Ängste und Suchtprobleme spielten eine große Rolle.

Die Kontaktaufnahme gestalte sich unterschiedlich. »Wir sind inzwischen in der Szene bekannt«, fasste von Trott, die zusammen mit ihrer Kollegin Sabrina Thiel die Zielgruppen in ihrer vertrauten Umgebung aufsucht. Die Angebote seien niederschwellig, »wir zwingen keinem die Hilfe auf«. Auf Dauer sollten Klienten »Schritt für Schritt ihr Leben wieder selbst in die Hand nehmen«. Zu ihren Aufgaben zählt es von Trott, den Menschen bei der Erarbeitung neuer Perspektiven behilflich zu sein. Das können Ämtergänge, Hilfe bei der Wohnungssuche oder die Vermittlung bei Problemen mit der Krankenkasse sein.

Erreicht werden fünf bis zehn Prozent

»Seit wir dort sind, ist es deutlich ruhiger geworden in der Szene«, schilderte die Pädagogin die Erfolge aufsuchender Sozialarbeit, räumte aber auch ein, »dass immer wieder neue Leute nachkommen«. Diesen Aspekt unterstrich auch Winfried Sell. Der Leiter der Suchthilfe beim Diakonischen Werk be-

richtete, dass viele Klienten in den Hilfeeinrichtungen von Diakonie, Arbeiterwohlfahrt oder Suchthilfezentrum bekannt seien. Allerdings gebe es eine enorme Rückfallquote. »Das Suchthilfezentrum erreicht auf Dauer fünf bis zehn Prozent dieser Menschen«, so die ernüchternde Bilanz.

Auch Claes sprach von »Notstandsverwaltung« und einer »langwierigen Beziehungsarbeit«. Beide Mitarbeiterinnen hätten einen guten Zugang zu ihrer Klientel gefunden. Von den Ausschussmitgliedern gab es überwiegend Lob für die aufsuchende Sozialarbeit. Gerhard Greilich (Grüne) sprach von der »überfälligen Schließung einer Lücke im sozialen Betreuungsangebot der Stadt«. Zeynel Sahin (SPD) wollte wissen, ob die Diakonie mit 32 Wochenstunden auskomme. Für eine effektive Arbeit seien zwei Vollzeitstellen wünschenswert, antwortete von Trott. Inhaltlich teile sie diese Ansicht, so die Oberbürgermeisterin. Die Stadt erbringe für aufsuchende Sozialarbeit eine freiwillige Leistung von 50 000 Euro jährlich. Für Gießen als Schutzschirm-Kommune sei es nicht möglich, diesen Betrag noch zu erhöhen.